

NACHRICHTEN

Millionen für Internet-Adresse ausgeschlagen

LONDON: Ein britischer Geschäftsmann hat eine Millionenofferte aus den USA für eine Internetadresse ausgeschlagen, die er sich vor drei Jahren für nur 100 Dollar gesichert hatte. Peter LITTLE aus dem südenglischen Surrey erläuterte dem Sender BBC am Freitag, er wolle die Web-Adresse e-buy.com selbst nutzen. Damit lasse sich seiner Überzeugung nach mehr einnehmen als jene sieben Millionen Dollar, die ihm eine gleichnamige US-Firma zuletzt für die Abtretung der Namensrechte geboten habe. Little will sein E-Commerce-Projekt im September starten. Er räumte ein, das Angebot aus Kalifornien sei «sehr, sehr verlockend» gewesen, die eigenen Pläne seien inzwischen aber schon zu weit gediehen, als dass er sie aufgeben wollte.

FPÖ droht mit Sammelklage

KLAGENFURT: Die FPÖ hat den österreichischen Geldinstituten mit einer Sammelklage gedroht, da sie zwar Zinserhöhungen, nicht aber Zinssenkungen an die Konsumenten weiter gegeben hätten. Vizekanzlerin Susanne RIESS-PASSER und Kärntens Landeshauptmann Jörg HAIDER wiesen am Freitag vor den Medien in Klagenfurt darauf hin, dass die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken in 55 Punkten «geschäftswidrig und damit nichtig» seien. Laut Riess-Passer und Haider würden auch die Zinsgleitklauseln vorsehen, dass bei sinkenden Zinsen keine Anpassungen erfolgen sollten. Damit werde sowohl gegen die Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) als auch gegen das Konsumentenschutzgesetz verstossen. Justizminister Dieter BÖHMENDORFER (Freiheitliche) habe diesbezüglich schon mit den Bankenvertretern gesprochen, doch hätten sich diese «bisher nicht kooperativ» gezeigt, sagte Haider. Laut Haider und Riess-Passer werde man den Geldinstituten jetzt einen Monat Zeit einräumen, um ihre Geschäftsbedingungen zu ändern. Ansonsten werde der Justizminister den Verein für Konsumentenschutz ermächtigen, eine Verbandsklage einzubringen.

Ökonomen erwarten Zinserhöhung

LONDON: Die Europäische Zentralbank (EZB) wird nach Ansicht der meisten führenden Ökonomen die Leitzinsen wegen der anhaltenden Inflationsgefahren in der Euro-Zone am 8. Juni um 0,25 Prozent anheben. Einer Umfrage von Reuters zufolge erwarten 57 von 60 befragten Experten eine Zinserhöhung. 55 Experten rechnen mit einem Plus von 0,25 Prozentpunkten auf 4,00 Prozent. Zwei Banken erwarten sogar eine Erhöhung um einen halben Prozentpunkt. Nach Ansicht der Ökonomen spricht insbesondere das hohe Geldmengenwachstum in der Euro-Zone für eine Zinserhöhung am kommenden Donnerstag. Die Geldmenge M3, war im Mai mit einer Jahresrate von 6,5 Prozent gewachsen.

ZÜRICH: Die Fusion der Schweizer Algroup mit dem Alcan-Konzern kommt voran: Das aufgebesserte Übernahmeangebot des kanadischen Aluminiumherstellers wird als «sehr fair» gewertet. Damit dürften die Aktionäre das Angebot akzeptieren.

Auch im Hinblick auf die Arbeitsplätze gilt die Zweierfusion als vorteilhaft. Algroup-Aktionär Christoph Blocher und Bankanalysten äusserten sich am Freitag sehr zufrieden über den neuen Preis, den Verwaltungsratspräsident und Mehrheitsaktionär Martin Ebner für den Zusammenschluss von Algroup und Alcan herausgeholt hatte.

Das kanadische Unternehmen hatte am Vortag bekanntgegeben, den Algroup-Aktionären pro Aktie 17,1 Alcan-Titel sowie eine Nennwertrückzahlung von 90 Fr. und eine Sonderdividende von 135 Fr. anzubieten. Damit wurde die Offerte nach der geplatzten Dreierfusion mit Pechiney um rund fünf Prozent aufgebessert.

Blocher mit Angebot zufrieden

Ebners BZ-Gruppe hat Alcan bereits zugesichert, dass sie ihre Algroup-Anteile von über 27 Prozent tauschen werde. Auch Blocher wird sich anschliessen: «Dies ist ein sehr gutes Angebot von Alcan», hielt er fest. Seine EMS-Chemie hält derzeit 4,9 Prozent an Algroup.

Er schloss gegenüber der Nachrichtenagentur sda zwar nicht aus, dass ein anderes Unternehmen, beispielsweise Pechiney, einen noch höheren Preis bezahlen würde.

«Faires» Angebot

Fusion von Alcan und Algroup befindet sich auf guten Wegen



Die Fusion zwischen Alcan und Algroup kommt gut voran. Dies wurde gestern mitgeteilt. (Bild: Keystone)

Letztlich bietet aber das Zusammengehen mit Alcan für die Algroup und den Standort Schweiz bessere Chancen.

Zuversicht im Wallis

In den Walliser Algroup-Werken steigt unterdessen die Zuversicht. In einer Dreierfusion mit Pechiney hätte das Risiko von Überkapazitäten bestanden, sowohl bei der Technologie als auch bei Standorten, sagte Alusuisse-Direktionsmitglied Jean-Christophe Deslarzes der Nachrichtenagentur sda.

Das für Ende Jahr vorgesehene Zusammengehen mit Alcan bedrohe die für die Walliser Wirtschaft sehr wichtigen 1600 Stellen der Al-

group nicht, sagte Deslarzes. Die Walliser Werke blieben weltweit führend in der Produktion von Stahlprofilen für die Industrie und den öffentlichen Verkehr.

Analysten positiv überrascht

Analysten bezeichneten den von Alcan angebotenen Preis als «sehr fair». Eine solche Aufbesserung hätte er nicht erwartet, sagte ZKB-Analyst Martin Hüslar. Grund für das überraschende hohe Entgegenkommen ist für ihn, dass andere Anbieter wie die französische Pechiney-Gruppe von einem Gegengebot abgeschreckt werden sollten.

Auch wird Christoph Bohli, Analyst bei der Bank Sarasin, aufgrund

des «sehr guten Preises» seinen Kunden empfehlen, das Angebot anzunehmen.

Die Zweierfusion ist für die befragten Analysten indessen nur die zweitbeste Lösung. Gegenüber dem Synergiepotential von 600 Mio. Dollar, das eine Dreierfusion ermöglicht hätte, seien die für die jetzt erwarteten 150 Mio. Dollar schon deutlich weniger, erklärte Hüslar. Alcan und Algroup seien eben in ganz unterschiedlichen Märkten tätig. Dies sei umgekehrt für die Arbeitsplätze in der Schweiz ein Vorteil.

Zuerst war eine Dreierfusion der beiden fusionswilligen Unternehmen mit der französischen Gesellschaft Pechiney geplant gewesen.

Ein Leben ohne Stromversorgung

Fast ein Drittel der Weltbevölkerung ohne Strom - Krasse Ungleichgewichte

PARIS: Rund 1,6 Milliarden Menschen leben ohne Strom. Das entspricht 30 Prozent der Weltbevölkerung, wie aus einer am Freitag veröffentlichten Studie des Weltenergieerats CME (Conseil Mondial de l'Energie) hervorgeht.

Zwar ist die Zahl der ans Energienetz angeschlossenen Personen seit 1993 um rund 300 Millionen gestiegen, aber auch die «stromlose» Bevölkerung nimmt rapide zu: Für das Jahr 2020 rechnet man mit einem Zuwachs auf zwei Milliarden.

Gleichzeitig werde die Energienachfrage um 40 bis 50 Prozent zunehmen.

Der Studie zufolge hat in den kommenden Jahrzehnten die Ausweitung des Energienetzes in Richtung Entwicklungsländer Priorität. Derzeit nämlich verbrauchen 20 Prozent der Weltbevölkerung in den Industrieländern knapp 60 Prozent der gesamten Energie-Ressourcen.

Dagegen müssen sich fünf Milliarden Einwohner der Entwicklungsländer mit den restlichen 40

Prozent begnügen müssen. Um gegen diese Ungleichheit wirksam anzukämpfen, ist es nach Einschätzung der CME notwendig, in den nächsten zwei Jahrzehnten 100 Millionen Personen pro Jahr - drei Mal so vielen wie zuletzt - den Zugang zu Energiequellen zu ermöglichen.

Dafür müsse aber die Direktverwaltung der Energie zu Gunsten einer wirtschaftlichen Liberalisierung aufgeben werden, heisst es in der Studie. Als Beispiele werden die Öffnung des Gasmarktes in den USA, in Argentinien und in

Grossbritannien genannt. Der Weltenergieerats spricht sich daneben für die Entwicklung neuer Energieformen aus. Dadurch sollen «erschöpfbare» Energiequellen ersetzt und die auf der Klimakonferenz im japanischen Kyoto vereinbarten Umweltauflagen eingehalten werden. Damit könnten auch kostengünstigere Energiequellen geschaffen werden. Als dritte Massnahme schlägt der CME eine «wirksame Besteuerung» von Energie vor, um jede Form der Verschwendung zu vermeiden.

REKLAME

Mit der ... zur Landesgartenschau nach Singen

Besuchen Sie mit uns die Landesgartenschau in Singen. Begleitet werden wir von Frau Dr. Renate Wohlwend aus Schellenberg, offizielle Botschafterin der Landesgartenschau Singen.

Programm: Fahrt mit einem Luxusbus nach Singen
Frühstückshalt
Begrüssungs-Apéro
Gemeinsames Mittagessen
Individuelle Rundgänge in der Landesgartenschau
Rückfahrt mit Verpflegung (Lunchpakete)

Termin: Mittwoch, 28. Juni 2000
Anmeldung: bis 23. Juni 2000 an FBPL-Sekretariat (Tel. 237 79 40, Fax 237 79 49)
(beschränkte Teilnehmerzahl)
Kosten: CHF 140.- pro Person
Abfahrt: ab 07.30 h (die individuellen Einsteigeorte und -termine erhalten Sie mit der Anmeldung)
Rückkehr: ca. 21.00 h



FBPL

WMA TOURISTIK

Volksblatt